

nachrichten

ERAPs Anfang als Präsident

In seiner von Kommentatoren als »offen, ernsthaft und macho« charakterisierten Antrittsrede wiederholte der neugewählte Präsident der Philippinen seine Prioritätensetzung für eine schnelle Verbesserung des Lebensstandards der Armen. In seiner ersten Rede zur Lage der Nation einen Monat nach Amtsantritt zeichnete Estrada ein nüchternes Bild der Wirtschaftslage am Rande der Rezession, ließ aber keine neuen Wege aus der Krise erkennen. Die ersten zwei Monate der Estrada-Administration waren gekennzeichnet durch Rivalitäten zwischen neuen Amtsinhabern, widersprüchliche Ankündigungen und eine allzu hemdsärmelige Verfahrensweise in Amtsgeschäften. Estrada selbst geriet in die Schußlinie, weil er aller verkündeten Sparsamkeit zum Trotz die Renovierung der Präsidentenjacke und des Malacanang-Gästehauses, in dem er zu wohnen plant, anordnete. Sein Aufruf, die Staatskasse durch Spenden für die Renovierungen zu entlasten, veranlaßte einige Kongressabgeordnete, ihm mit einer Anklage zu drohen, sollte er einen solchen Ablaßhandel in die Tat umsetzen. Zwißigkeiten des neuen Verteidigungsministers, Orlando Mercado, mit dem militärischen Führungsstab führten zu nachhaltigen Verstimmungen und zur Absage eines Manövers. Gesät haben soll die Zwißtracht der Gesundheitsminister, dem Mercados Ehefrau als Staatssekretärin dient. Der Gesundheitsminister hat seinen Rücktritt eingereicht, den Estrada tagelang nicht annehmen wollte.

Als »administrative Anarchie« und *official warlordism* bezeichnen Beobachter diesen Zustand inzwischen. Bis Ende August hatte der Präsident noch keine einzige Kabinettsitzung abgehalten. Als Umrißlinien seiner Politik zeichnen sich bisher ab: Schaffung einer Anti-Armutskommission, der Versuch, die Projektgelder der Abgeordneten mit dem neuen Etat in die Hände des Präsidenten umzuleiten, eine Fortführung der Friedensgespräche mit MILF (Moro Islamic Liberation Front) und NDF (National Democratic Front) und vor allem das Bestreben, eine Regelung für den Umgang mit dem Marcos-Vermögen zu finden und dabei sowohl Opfer als auch Marcos-Günstlinge zu berücksichtigen.

vgl. MIT 17.7.98, 3.9. PDI 1.7., 17.7., 27.7., 29.7., 12.8., 13.8., 23.8., 27.8., 31.8., 1.9., 3.9.98

Ramos' Last-Minute-Geschäfte

Der frühere Präsident Fidel Ramos ist beschuldigt worden, noch nach den Wahlen am 11. Mai dieses Jahres die Vergabe von günstigen Krediten und Großaufträgen zum Teil in Milliardenhöhe an zwanzig »Günstlinge« aus der Geschäftswelt angeordnet zu haben. Die angeblichen Unregelmäßigkeiten waren von drei Kabinettsmitgliedern publik gemacht worden, nachdem Ramos tags zuvor davor gewarnt hatte, die Rückkehr von Marcos-Cronies in ihre Positionen könne ausländische Investoren abschrecken. Präsident Estrada ordnete die Untersuchung der dunklen Geschäfte an.

vgl. MBI 17.7.98, MIT 17.7. u. 21.7.98, PDI 17.7. u. 27.7.98

Crony Cojuangcos Comeback

Nur zehn Minuten dauerte es zu beschließen, daß Eduardo »Danding« Cojuangco, der reichste und mächtigste unter Marcos' Günstlingen, den sogenannten *cronies*, sich nach 12 Jahren Abwesenheit wieder auf den Chefsessel der *San Miguel Corporation*, dem größten Nahrungsmittelkonzern der Philippinen, setzen darf. Die Entscheidung des Unternehmensvorstands wurde von Vertretern der Regierungskommission (PCGG) mitgetragen. Die PCGG (*Presidential Commission on Good Government*) verwaltet das beschlag-

nahmte Vermögen der Marcos-Erben und seiner Günstlinge. Damit hat sich für Cojuangco seine Unterstützung für den Wahlkämpfer Estrada kaum eine Woche nach dessen Amtseinführung bezahlt gemacht. Felix de Guzman, Vorsitzender der PCGG erklärte, die Kommission werde Cojuangco nicht daran hindern können, noch mehr der 275 Unternehmen wieder zu übernehmen, die ihm gehören oder in denen er Mehrheitseigner ist. Die Unternehmensvorstände hätten das Recht, Wahlen abzuhalten und kein Gesetz sehe das Einschreiten der PCGG vor. Cojuangcos Comeback hat die Verbände der Kokosbauern auf den Plan gerufen, die Anspruch auf das Vermögen aus der *coco-levy* in Höhe von rund 100 Milliarden Pesos

erheben, einer Abgabe die alle Copra-Produzenten jahrelang an die *United Coconut Planters Bank* (UCPB) bezahlt hatten. Danding Cojuangco ist Mehrheitseigner der Bank und es wird erwartet, daß er sie ähnlich wie die San Miguel wieder übernehmen wird. Cojuangcos Anwälte erklärten, Danding akzeptiere, daß Anteile der Bank 1,4 Millionen Bauern gehörten. Nach langen Bemühungen der Kokosbauern war vor den Wahlen endlich Bewegung in den Streit um die ungeklärte Eignerschaft des *coco-levy*-Vermögens gekommen. Die Position der Bauern wird erschwert durch den Umstand, daß die meisten niemals Quittungen für ihre Einzahlungen bekamen beziehungsweise die Quittungen teilweise von Cojuangco-Strohmännern wieder

Neue Verhandlungen um Marcos-Vermögen, Abschaffung der PCGG

Die Regierung Estrada hat sich umgehend bemüht, den Weg für neue Kompromißverhandlungen mit der Familie Marcos frei zu machen und eine Gerichtsverordnung, die besagt, daß Fälle von unrechtmäßigen, durch Mißbrauch erlangten Vermögen nicht Gegenstand von Kompromissen sein dürfen, außer Kraft zu setzen.

Das linke Bündnis BAYAN (*Bagong Alyansang Makabayan*) erklärte, daß es auf diese Art Dieben ermöglicht werde, ihre Beute auf legale Art zu besitzen.

Erzbischof Kardinal Jaime Sin hat sich besorgt über die Leichtfertigkeit geäußert, mit der man den Plünderern des Landes begegne.

Auch der Tabakmagnat Lucio Tan, angeblich größter Wahlkampfsponsor Estradas, dem Steuerhinterziehung zur Last gelegt wird, hat seine Fühler ausgestreckt für eine gütliche Einigung. Imelda Marcos erhält die Chance, erneut vor Gericht zu treten; ein Revisionsantrag für eine Haftstrafe über 12 Jahre wegen Korruption wurde vom Obersten Gerichtshof akzeptiert. Unterdessen haben zwei Senatskommissionen die Abschaffung der PCGG wegen ineffektiver Arbeit und allzu großer Bereicherung ihrer Mitarbeiter vorgeschlagen.

vgl. MTI 14.7., 18.7. PDI 10.7., 30.7., 1.8., 10.8., 11.8., 12.8. 14.8., 19.8. u. 4.9.98

zurückgekauft worden waren. Der neue Verwalter der Kokosbehörde hat sich dafür ausgesprochen, daß der *coco-levy*-Fonds privatisiert und von den Kokos-Produzenten verwaltet wird.

vgl. MTI 8.7., 10.7. u. 25.8. 98, PDI 8.7. u. 4.9.98

Friedensverhandlungen

Um Friedensverhandlungen mit der NDF (National Democratic Front), der MNLF (Moro National Liberation Front) der MILF (Moro Islamic Liberation Front) und den Militärrebellengruppen der RAM baldmöglichst aufzunehmen, hat die Regierung vier Verhandlungsausschüsse gebildet. Verteidigungsminister Orlando Mercado äußerte Mitte August, die jetzige Regierung werde alle von der Ramos-Regierung eingegangenen Verpflichtungen gegenüber der NDF einhalten. Mercado sehe auch kein Problem in der Umsetzung einer Vereinbarung über die Menschenrechte, die im März unterzeichnet worden war. Diese wurde zum Zankapfel, weil Ramos das Abkommen erst nach Einsetzen eines Waf-

fenstillstands in Kraft setzen wollte, wogegen die NDF die Beschlüsse als Vorbedingungen für einen Waffenstillstand betrachtete. Estrada hat die umstrittene Vereinbarung Mitte August unterzeichnet; die für den 11. September vorgesehenen Gespräche wurden jedoch verschoben. Grund ist eine Anweisung des Chefunterhändlers der NDF, Luis Jalandoni, an die Rebellen, das Menschenrechtsabkommen in den von ihnen kontrollierten Gebieten nach ihren eigenen Regeln umzusetzen. Jalandonis Anweisung kann als jüngster Versuch gewertet werden, für die NDF den Status einer »kriegführenden Partei« zu erreichen. Das hätte weitreichende Konsequenzen für die Verhandlungen. Estrada

betonte jüngst, die Regierung werde alles tun um einen Abbruch der Gespräche zu verhindern, aber sie könne sich nicht gegen die Verfassung stellen. Anfang Juli war es in Nord-Cotabato zu heftigen Kämpfen zwischen Armee und MILF gekommen. 10.000 Zivilisten waren daraufhin evakuiert worden. Mit der MILF haben Regierungsunterhändler Mitte Juli eine Vereinbarung unterzeichnet, wonach die Bemühungen um einen dauerhaften Frieden für Mindanao entschlossen fortgesetzt werden sollen, bis eine Lösung gefunden wird. Die Verhandlungen sollen Mitte September in Sultan Kudarat aufgenommen werden.

vgl. MTI 10.7.98, MBI 11.7., 28.7. u. 6.9.98, PDI 5.8., 11.8. u. 5.9.98

Abkommen mit USA umstritten

Das mit der Ramos-Regierung ausgehandelte, aber vom philippinischen Senat noch nicht gebilligte Abkommen über Streitmacht-Besuche (*Visiting Forces Agreement, VFA*) wird vom neugewählten Senat nicht mit besonderer Eile behandelt. Auch die katholische Kirche und oppositionelle Gruppen äußerten sich kritisch über das Abkommen, das wieder gemeinsame Manöver und das Einlaufen amerikanischer Kriegsschiffe in philippinische Häfen ermöglichen soll. Der Erzbischof von Cebu, Ricardo Vidal, startete Mitte August eine Unterschriftenkampagne gegen das Abkommen. Als voraussichtlichen Zeitpunkt für die Abstimmung im Senat wurde Mai nächsten Jahres genannt.

vgl. PDI 27.7., 5.8., 7.8. u. 11.8.98

Zahlreiche Opfer des Dengue-Fiebers

Fast 8.000 Erkrankungen und 114 Todesfälle durch das von Moskitos übertragene Dengue-Fieber wurden Anfang September für das laufende Jahr gemeldet. In Regionen mit kühlerem Klima sind ungewöhnlich viele Erkrankungen aufgetreten, was Vermutungen über besonders widerstandsfähige Erreger weiter Nahrung gibt. Die meisten betroffenen Orte liegen in Nordluzon und Mindanao, weiter sind Leyte, Iloilo, Negros und Südluzon betroffen.

vgl. PDI 8.8., 12.8., 3.9. u. 6.9.98, MTI 5.9.98

Illegal in Malaysia

Tausende von Filipinos und Filipinas, die sich illegal in Malaysia aufhalten, wurden von der philippinischen Botschaft in Kuala Lumpur dazu gedrängt, von dem Amnestieprogramm der malaysischen Regierung Gebrauch zu machen. Dieses läuft Ende Oktober aus. Bisher hätten sich lediglich 53 philippinische StaatsbürgerInnen von geschätzten 100.000 illegalen Einwanderern bereit erklärt, im Rahmen des Programms freiwillig und straffrei nach Hause zurückzukehren. Der philippinische Botschafter erklärte, es gebe deutliche Anzeichen dafür, daß die Polizei nach Ende des Programms hart durchgreifen werde und die Strafen erhöht würden.

vgl. MTI 6.9.98

nachrichten

Heirat als Alternative für Straßenkinder?

Ab ersten Oktober sollen 200 000 Straßenkinder von der Straße verschwinden, wenn es nach der Vizepräsidentin und Sozialministerin Gloria Macapagal-Arroyo geht. Sie kündigte an, daß vor allem Kinder, die auf der Straße betteln oder *Sampaguita*-Kränze und Zigaretten verkaufen, von der Polizei »systematisch« eingesammelt und in Einrichtungen gebracht werden sollen, die von der Regierung oder den Kirchen betrieben werden. Dort sollen die Kinder für sechs Monate bleiben. Die Vizepräsidentin sieht darin den ersten Versuch, das Problem der Straßenkinder nicht nur kosmetisch, sondern dauerhaft zu lösen. Sie warnte Polizisten davor, die Syndikate zu schützen, die Straßenkinder für sich arbeiten lassen.

Die Sozialministerin stellte außerdem den Antrag, das Mindestalter für Eheschließungen wieder herabzusetzen auf 14 statt jetzt 16 Jahre für Mädchen und 16 statt 21 Jahre für Jungen. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag wurde vorgelegt.

vgl. PDI 15. u. 18.8.98

Einigung über Entschädigung für Marcos-Opfer

Jüngsten Meldungen zufolge haben sich der Regierungsssekretär Ronaldo Zamora und NDF-Vertreter Luis Jalandoni darauf verständigt, daß die Opfer von Menschenrechtsverletzungen während der Marcos-Diktatur nach der von einem amerikanischen Richter vorgeschlagenen Formel entschädigt werden sollen. Demnach erhält jede der insgesamt 10.000 Personen, die in Hawaii auf Ent-

schädigung geklagt hatten, zwischen 500.000 und 3,5 Mio. Peso. 30 % der beschlagnahmten Summe (171 Mio. US\$ von insgesamt 570 Mio. US\$) sollen für die Entschädigungszahlungen verwendet werden, bis alle Forderungen erfüllt sind. 33 % dieser Summe sollen an 5.000 Opfer von Folterungen gezahlt werden, das sind rund 500.000 Peso pro Person. Die Hinterbliebenen von standrecht-

lich erschossenen Personen sollen 1,2 Mio. Peso erhalten, die Familien von verschwundenen Regimegegnern rund eine Mio. Peso. Damit geben sich die Opfer mit weniger zufrieden, als ihnen der amerikanische Richter zugesprochen hatte. Die Sprecherin von Selda, einer Organisation, die den größten Teil der Opfer vertritt, erklärte, es gehe den Betroffenen in erster Linie darum, daß die Marcos-Fa-

milie für ihre Untaten bezahle und nicht um die Höhe der Entschädigungszahlung. Mitte August hatte Präsident Estrada eine Vereinbarung mit der NDF unterzeichnet, in der die philippinische Regierung die Forderungen der Menschenrechtsopfer anerkennt und seither auf die Ausarbeitung einer Entschädigungsformel drängt.

vgl. PDI 17.7., 24.8., 5.9. u. 6.9.98